

Das ständige Ergebnis des Wilhelmischen Sozialreformversprechens ist ein Exempel für den Satz, daß das persönliche Regiment seine unerbittlichen Schranken findet an den Interessen der herrschenden Klassen. An dem Widerstand der Bourgeoisie, des Unternehmertums ist der Anlauf bald erlahmt. Die Sozialreform vor ein und statt ihrer wurden die Umsturzvorlage und die Zuchthausvorlage, wurden die Gesekentwürfe über die Berufsvereine und die Arbeitskammern geschmiedet, die die gelben Arbeiterverräter von Reichs wegen züchten sollten, statt Fortbildung ihrer Rechte gab man den deutschen Arbeitern die Reichsversicherungsordnung, die ihnen die Selbstverwaltung an den Krankenkassen nahm. Und was für trauriges, unzulängliches Flidwerk, welches armelige dünne Fäden sind es, was die deutsche Gesetzgebung im letzten Jahrzehnt an sogenannten Arbeiterchutzmaßnahmen unter Ach und Krach zutage gefördert hat? Wahrlich, die Bourgeoisie hat für die Improvisation der kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890, diesen Versuch des persönlichen Regiments, sich unabhängig von seiner Basis zu gebärden, blutige Rache genommen; selten ist wohl ein kaiserliches Wort so völlig ausgelöscht worden, wie dieses.

Dafür erstrahlte der Ruhm des kaiserlichen Kriegsherrn, des unentwegten Förderers der Armee, des Schöpfers der großen Flotte um so heller. Hier trafen sich die Forderungen der Krone, die dynastischen Ueberlieferungen mit den Interessen der Bourgeoisie. Der Feudal-Absolutismus und der Imperialismus konnten hier ihren Weg gemeinsam gehen. Das Resultat ist bekannt. Es ist eine Steigerung der Rüstungslast, die selbst im ausgesprochenen Lande des Militarismus als etwas Ungeheuerliches empfunden wird. In diesem Werk hat Wilhelm II. sicherlich ein vollgerichtetes Maß Anteil. Die Bourgeoisie mag ihn deswegen nach Verdienst feiern, für die Arbeiterklasse wird daran nur um so deutlicher, in welcher unersöhnlichen Gegensatz Proletariat und Monarchie zueinander stehen.

Der Kaiser.

Die deutsche Bourgeoisie feiert in diesen Tagen das 25jährige Regierungsjubiläum Wilhelms II. Daß die sozialdemokratische Arbeiterklasse nicht mitfeiert, liegt als eine Selbstverständlichkeit schon in ihren republikanischen Grundgesetzen beschlossen. Das soll nicht befagen, daß sie gar kein Interesse daran nimmt. Wenn sie auch nicht, wie die byzantinische Geschichtsschreibung, die Weltgeschichte nach den Regierungsjahren der Fürsten einteilt, so versucht sie doch jede historische Persönlichkeit in ihrer Bedeutung für die Geschichte zu verstehen. Und sie hat in diesem Falle dazu um so mehr Anlaß, als es sich um eine Persönlichkeit handelt, deren politisches Auftreten wiederholt mit dem kämpfenden Proletariat in Berührung kam.

Unse von Marx begründete Geschichtsauffassung hat mit der bürgerlichen Anschauung ausgeräumt, als seien es die großen Männer, die Fürsten, die Politiker oder die Erfinder, die die Geschichte machen. Daher blüht der sozialdemokratische Arbeiter mit überlegenem Lächeln auf die Lobeshymnen und den Weihrauch, die die bürgerliche Presse bei solchen Feiern ihren Fürsten spendet; er weiß, daß die wirkliche Geschichte die Geschichte der Massen ist, die sich durch die materiellen Kräfte ihres Arbeitslebens entwickeln, daß das Wesen und der Kampf der Klassen Charakter und Wesen der Ereignisse und der darin wirkenden Personen bestimmt. Das besagt nicht, wie ein bürgerliches Mißverständnis glaubt, daß den einzelnen Personen mit ihren besonderen Fähigkeiten gar keine Bedeutung zukommt; es besagt, daß diese Personen nur als Vorkämpfer und Vertreter bestimmter Klassen und bestimmter gesellschaftlicher Notwendigkeiten eine Rolle spielen können, und daß ihre Gedanken und ihre Taten immer der Ausdruck der Interessen und Bedürfnisse der kämpfenden, aufstrebenden oder untergehenden Klassen sind.

Das gilt vor allem auch für die Fürsten. Während diese früher, in vorkapitalistischen Zeiten, als die eigentlichen Macher der Geschichte erschienen, hat das 19. Jahrhundert das Kapital zum allmächtigen, unumschränkten Welt herrscher gemacht, dem sich jede andre Macht zu beugen hat. Es hat sich auch die Fürsten untergeordnet, die ihre Rolle nur noch irgendwie als Rädchen innerhalb des großen Getriebes der kapitalistischen Entwicklung zu spielen haben. Diese Rolle wechselt, je nach Fähigkeit und Veranlagung; der Kapitalismus hat auch unter den Fürsten verschiedene Typen geschaffen. Ein Teil gab sich damit zufrieden, einfach als Höhenbild zu dienen, das die harte Herrschaft des Kapitals vor der Volksmasse verbergen sollte, ohne irgend-

damals, daß ich nie so unterwürdig werden wolle. Ich habe auch wirklich ein sehr steifes Rückgrat bekommen, und von kleinbürgerlicher Autoritätsduselei weiß ich mich wirklich ganz frei. Auch am Pfarrer wußte ich mich zu rächen. Bei der Ablieferung der Weizettel, die mit einer Gabe von zwei Dugend Eiern beglücken wurde, machte ich mich für die Ohrfeigen bezahlt, indem ich ein halbes Dugend davon zurückbehalt. Ohne Gewissensbisse zu empfinden, schlürfte ich die sechs Eier auf dem Wege nach Seefeld aus.

Auf Ostern 1880 war meine Schulzeit beendet, und jetzt galt es, sich für einen Beruf entscheiden. Bei meinem Pflieger wurde ich nicht bleiben, Bauernknecht wollte ich auch nicht werden; was sollte also aus mir werden? Welchen Beruf sollte ich ergreifen? Die Wahl stand allein bei mir. Was lag daher näher, als daß ich den Beruf meines Vaters erwählte, daß ich mich entschloß, Steindrucker zu werden. Auf eine an meinen Erzieher durch die Kreisverwaltung ergangene Anfrage, welchen Beruf ich zu ergreifen gedächte — auch der Eintritt ins Lehrerseminar wurde mir abheimgestellt, was ich aber aus Grauen vor dem Internat ohne Umschweife ablehnte — erklärte ich, Steindrucker werden zu wollen. Nach einigen Wochen kam eine zweite Anfrage, ob ich nur Steindrucker werden oder auch noch Lithograph dazu erlernen wolle. Im ersten Falle betrage die Lehrzeit ein Jahr, im zweiten Falle vier Jahre. Ohne weiter zu überlegen, entschloß ich mich für die einjährige Lehrzeit. Ich wollte endlich auch einmal Geld zwischen die Finger bekommen. Die Antwort nach Konstanz wurde in diesem Sinne ausgefertigt, und damit war die Sache einstweilen erledigt. Gut Ding braucht aber gute Weile! Es dauerte noch ein gutes Vierteljahr, bis mein Pflieger die Anweisung bekam, mich nach Ueberlingen in die Lehre zu bringen — wo dann alles anders kommen sollte, als ich es mir gedacht hatte.

(Fortsetzung folgt.)

welchen Einfluß auf die Regierung. Da sie diese „strengverfassungsmäßig“ den Parteihäuptern, die das Parlament beherrschten, überließen, beschränkte sich ihre Tätigkeit auf Namensunterschrift und höfische Repräsentation, und sie verzögerten in Ruhe und in mehr oder weniger anständigen Privatliebhabereien ihr ansehnliches Gehalt. Andre wurden gelehrige Schüler des Kapitals, warfen sich auf die kapitalistischen Geschäfte, oft der zweifelhaftesten Natur, spekulierten, wucherten, gründeten und bereicherten sich durch das große Gaunertum mit, wobei ihnen ihre politische Stellung gut zufließen kam. Der Belgier Leopold war ein berühmtes Beispiel dieses Typus. Wieder andre fühlten sich, und das geschah vor allem in der neuesten Zeit, befähigt, aktiv in die Politik einzugreifen und da eine Rolle zu spielen; in ihrer Tätigkeit verkörperten sich dann die wichtigsten Bedürfnisse und Bestrebungen des Kapitals; sie traten als politische Führer der Bourgeoisie auf. Zu ihnen gehört auch Wilhelm II.

Das neue Deutsche Reich und sein Kaisertum ist wesentlich eine Schöpfung des Kapitalismus und trägt den Charakter, der diesem Ursprung entspricht, auf allen Seiten zur Schau. Kaiser Wilhelm I. konnte sich daher nie gut in dieser neuen Rolle zurechtfinden und den alten Partikularismus überwinden; er fühlte sich in erster Linie immer als König von Preußen. Umgekehrt sein Enkel, der sich in erster Linie als Deutscher Kaiser fühlte und nur nebensächlich auch noch König von Preußen und Gutscherr von Rastatt ist. Mag dabei sein Auftreten oft das äußere Gewand des alten Absolutismus annehmen und zu Formeln einer mittelalterlichen Mystik greifen, so kann das das innere Wesen dieses Kaisertums als Führerschaft eines emporkommenden kapitalistischen Großstaates doch nicht verdecken. Um so weniger, als die beiden wichtigsten Seiten des politischen Auftretens des Kaisers gerade den beiden wichtigsten Grundzügen des modernen Kapitalismus entsprechen.

Diese beiden Grundzüge sind der Kampf gegen das aufstrebende Proletariat und der Imperialismus. In dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie hat Wilhelm II. sich von Anfang an an die Spitze der bürgerlichen Welt gestellt. Zuerst, als nach dem Zusammenbruch des Sozialistengesetzes der Versuch gemacht werden mußte, durch Sozialreformen die Revolution zu beschwichtigen. Dann, als dieser Versuch fehlschlugen war und die neue Prosperität die Unterdrückungsgelüste des Kapitals mächtig ankachelte, in den vielen bekannten scharfen Angriffen und Drohungen gegen unsere Partei in seinen Reden. Dabei spielte wesentlich der Umstand mit, daß der Kaiser gerade mit denjenigen Kreisen des Großkapitals verkehrte, die die Befürworter der schärfsten Gewaltpolitik gegen das Proletariat sind. Der Sozialdemokratie waren zur Abwehr dieser Angriffe die Hände gebunden durch eine rigorose Handhabung der Majestätsbeleidigungsparagraphen, die die harmlosesten Bemerkungen und die sachlichste Kritik mit blutigen Strafen ahndete. Aber so gut es ging, hat sie sich gewehrt, und die Kaiserreden haben ihren Siegeszug so wenig aufhalten können, als irgendeine wirkliche Macht der bürgerlichen Welt.

Neben dem Klassenkampf im Innern beherrscht das imperialistische Streben nach Weltmacht das ganze Wesen des modernen Kapitalismus. Hier liegt vor allem die Bedeutung des Kaisers als des politischen Führers der deutschen Bourgeoisie. Teils infolge seiner schon erwähnten engen Bekanntschaft mit den führenden Männern des Großkapitals, teils weil das imperialistische Ideal einer starken Staatsgewalt, die mächtig und gesichert, überall in der Welt auftritt und mitreißt, in seinem dynastischen Empfinden einen starken Widerhall finden mußte, wurde er zum eifrigsten Propagandisten der Weltpolitik, als diese bei der Wasse der Bourgeoisie noch keinen Anflug fand. Als er in den neunziger Jahren mit seinem ganzen Einfluß für die Notwendigkeit einer starken Flotte eintrat, oder mit mehr oder weniger Gesichts in die internationale Weltpolitik eingriff, sahen die christlichen Philister darin nicht viel mehr als Ausprägungen monarchischer Weltmachtphantasten. Aber ein Jahrzehnt später hatte dieselbe Politik die Masse der Bourgeoisie ergriffen und die letzten Reste bürgerlicher Opposition beseitigt; jetzt wurde es klar, daß es sich um mehr, nämlich um eine unüberwindliche Politik des modernen Großkapitals gehandelt hatte. Durch seinen starken politischen Einfluß hat der Kaiser wesentlich dazu beigetragen, Deutschland und seine Bourgeoisie in die Bahnen dieser neuen imperialistischen Politik zu treiben.

Es ist daher nur allzu verständlich, daß die Bourgeoisie mit Begeisterung dieses Regierungsjubiläum feiert. Nicht bloß, weil die letzten zwanzig Jahre eine Zeit der Prosperität gewesen sind, in der ein berauscher Strom von Macht und Reichtum sich über das deutsche Kapital ergossen hat — das hätte genau so stattgefunden, wenn eine Null in dieser Zeit deutscher Kaiser gewesen wäre. Sondern vor allem, weil Wilhelm II. einen aktiven Anteil an der Durchsetzung der Politik genommen hat, die zu diesem Aufschwung gehört; weil er in seiner Person die Weltmachtspolitik verkörpert, die die deutsche Bourgeoisie jetzt ganz erfüllt. Daher ist es aber noch viel verständlicher, daß das Proletariat dieser Feier völlig fern bleibt. Denn die Politik, die sich in dem Kaiser verkörpert, ist gerade die Politik, die die Arbeiterklasse aufs äußerste bekämpft und bekämpfen muß. Wenn die kapitalistische Presse sagt, daß unsere Partei den Kaiser haßt und herunterzureißen sucht, so ist das falsch. Sie betrachtet ihn einfach als ihren mächtigsten politischen Gegner, als den Anführer der feindlichen Macht, die ihr gegenübersteht und die sie zu besiegen hat. Das Herunterreißen überläßt sie dem Bürgertum, das am Bitterlichste über ihn reißt, um ihn nachher anzuhocken, oder den großkapitalistischen Scharmachern, die ihn in der größten Weise beschimpfen, als er seine Politik nicht nach ihren augenblicklichen Wünschen einrichtet und nicht bereit war, auf ihr Geheiß sich in ein Kriegsabenteuer zu stürzen. Wo Byzantinismus und Fürstengötterei als Waffe im Klassenkampf austritt, als Mittel, den Geist der Massen zu betören, da muß allerdings die Sozialdemokratie mit ihrer Aufklärung eingreifen. Da zeigt sie den Massen, daß hinter der ganzen, anscheinend noch so persönlichen Politik auch der fähigsten Fürsten als alles beherrschende Kraft der unaufhaltsame Siegeszug der kapitalistischen Entwicklung steht. Und mit noch größerem Nachdruck betont sie, daß dieser Siegeszug zugleich der siegreiche Aufmarsch der millionenföpfigen arbeitenden Masse ist, gegen den nicht nur Fürsten machtlos sind, sondern der auch den Weltbeherrscher Kapital überwinden und vernichten wird.

11. ordentliche Generalversammlung des Verbandes der Sul- und Filzwarenarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

k. r. Berlin, 12. Juni, Viertes Verhandlungstages.

Nach Eröffnung der Sitzung hielt der Verbandsvorsitzende Meißner ein Referat über die Tarifverträge. Der Redner beleuchtete die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Sulindustrie und zeigte, daß diese gänzlich ungerecht sind. Die Löhne seien sowohl in den einzelnen Branchen als auch in den einzelnen Städten und in den Arbeitsorten ein und derselben Fabrik sehr verschieden. Namentlich die Löhne der Hilfsarbeiterinnen, der Lehrlinge, besonders aber die Löhne der Tausende von Heimarbeitern in der Strohhutindustrie seien von der Willkür der Unternehmer abhängig und wenig bekannt. Selbst in bürgerlichen Kreisen werde die Regelung der Arbeitsverhältnisse der Strohhutarbeiterinnen als eine Notwendigkeit empfunden. Wenn für diese Branche Tarifverträge beständen, so wäre das ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der Heimarbeit. Wenn in dem einen Ort schlechte Löhne herrschen, so sei das ein Hindernis, in einem andern Ort derselben Branche bessere Löhne durchzusetzen. Auch die Lehrlingsfrage bedürfe einer Regelung. In der Seidenhutindustrie würden immer mehr neue Maschinen eingeführt, wodurch zahlreiche Arbeiter brotlos werden. Durch Tarifverträge könnte festgesetzt werden, daß an neu eingeführten Maschinen zunächst die Arbeiter beschäftigt werden, die schon vorher in der Fabrik tätig waren. Jetzt würden meist ungelernete Arbeiter von der Straße geholt und an die Maschinen gestellt. Daß ein Teil der Arbeiter durch Einführung neuer Maschinen arbeitslos werden, könne natürlich nicht verhindert werden. Auch in der Filzindustrie greife die Maschine immer mehr um sich und die Arbeitslöhne würden dadurch gedrückt, so daß sich diese Branche seit Jahren in der Abwärtsbewegung gegen die Herstellung der Löhne befinde. In der Wolllustindustrie werden die Mittelbetriebe mehr und mehr durch die Großbetriebe verdrängt, die in der Saison Arbeiter aus andern Berufen in größerem Umfang beschäftigen. Es handle sich hier hauptsächlich um solche Arbeiter, die während der stillen Zeit in ihrem eigentlichen Beruf in die Fabriken gehen und sich oft mit jedem Lohn, den der Fabrikant bietet, zufrieden geben, denn sie dächten: Besser geleiert, wie geleiert. Welche Löhne in solchen Fällen gezahlt werden, darüber sei wenig bekannt. Hier sei eine tarifliche Regelung der Löhne dringend notwendig. — Gegen den Abschluß von Tarifverträgen werde in den Reihen der Kollegen eingewandt, die Tarifpolitik werde dazu führen, daß sich die Unternehmer zu einer starken Organisation zusammenschließen. Dieser Einwand sei deshalb nicht schwerwiegend, weil schon jetzt Unternehmerorganisationen in der Sulindustrie beständen, die sich bei Lohnbewegungen der Arbeiterorganisation gegenüberstellten. Es gebe heute wohl keinen Unternehmer der Sulindustrie mehr, der nicht organisiert sei. In dieser Hinsicht werde also durch den Abschluß von Tarifverträgen nichts geändert. Es stehe dem nichts entgegen, daß die seit 1904 im Statut stehende Bestimmung: Regelung der Arbeitsbedingungen durch kollektive Arbeitsverträge, verwirklicht werde. Ueber die Tariffrage herrsche keine Meinungsverschiedenheit mehr in den Gewerkschaften und der Partei. Es beständen bereits in Deutschland 10 520 Tarifverträge für 183 000 Betriebe mit 1 000 000 organisierten Arbeitern. Der Redner besprach das Wesen und die Bedeutung der Tarifverträge und führte aus, die Abmachungen, die in der Sulindustrie hier und da beständen, seien keine Tarifverträge, sondern Lohnstarke, die sich nicht auf das ganze Arbeitsverhältnis, sondern nur auf einzelne Punkte desselben erstreckten und meist nur mit einzelnen Unternehmern abgeschlossen seien. Eine allgemeine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Tarifverträge müsse angebahnt werden. Man werde ja nicht mit einem Auf gleich zum Zentral- oder Reichstarif kommen. Aber es würde schon ein Fortschritt sein, wenn vorläufig Verträge abgeschlossen werden, die die Arbeitszeit, die Ueberstundenbezahlung, die Einstellungsbedingungen für alle Beschäftigten regeln. Wenn auch die Frage der Arbeitsvermittlung durch Tarifverträge geregelt werden könnte, so würde das schon ein größerer Vorteil sein. In dieser Richtung müsse der Verband arbeiten. (Beifall.)

In der Aussprache bemerkte Balle Berlin, er sei kein Gegner der Tarifverträge, aber wie die Verträge anderer Gewerkschaften zeigen, könnte doch der Organisation durch Tarifvertrag die Bewegungsfreiheit in mancher Hinsicht gehemmt werden. — Lehmann-Dresden erklärte sich für die Vorschläge des Referenten und verwies darauf, daß in Dresden ein Tarifvertrag abgeschlossen sei, wodurch die Mindestlöhne von 27 auf 30 Mk. erhöht worden seien. Es werde auch darauf gehalten, daß die Heimarbeitern denselben Lohn erhalten wie die in der Fabrik beschäftigten Arbeiterinnen. — Lieb-Dresden erklärte sich nicht gegen Tarifverträge an sich, aber gegen solche von langer Dauer. Nur für die Saison sollten Tarifverträge abgeschlossen werden. — Andre Redner gingen auf örtliche Verhältnisse ein und besprachen an Hand derselben die Aussichten und Möglichkeiten für den Fall, daß ein Tarifvertrag abgeschlossen werde.

Nach Schluß der Aussprache wurde der folgende Antrag angenommen: Die 11. ordentliche Generalversammlung erneuert den Beschluß der 9. ordentlichen Generalversammlung 1904 in Dresden, betr. die Regelung der Arbeitsbedingungen durch kollektive Arbeitsverträge, und verpflichtet die Mitglieder:

1. Auf Abschließung von Lohnstariken zu dringen, die in den Arbeitsräumen aushängen müssen und jeder beschäftigten Person bei Arbeitsantritt auszuhandigen sind.
2. Gut organisierte Branchen resp. Betriebe haben Zentral- oder Firmentarifverträge abzuschließen. In den Saisonbranchen können die Verträge für eine Saison oder auf längere Dauer abgeschlossen werden. In den übrigen Branchen können Tarifverträge auf die Dauer von 2-3 Jahren abgeschlossen werden.
3. Die Verträge wie die bloßen Lohnstariken sind abzuschließen zwischen den Vertretern unres. Verbände und dem Einzelunternehmer oder den Unternehmerorganisationen.

Genosse Gustav Bauer-Berlin hielt sodann einen instruktiven Vortrag über das gewerkschaftlich-gewerkschaftliche Versicherungsunternehmen Volksfürsorge. Er ermahnte um Förderung des Unternehmens durch die Verbandsmitglieder, damit das Ziel, das sich die Volksfürsorge gestellt hat, erreicht werde.

Der Vorsitzende Meißner stellte fest, daß die Kollegen in diesem Sinne zu wirken willens seien.

Gewerkschaftsbewegung.

Angestellte und Gewerkschaftskampf.

II.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband hat in den ersten Jahren nach seiner Gründung wiederholt mit dem Gedanken des Boykotts zur Durchsetzung von Angestelltenforderungen gespielt. 1902 trat er anscheinend sehr entschieden zum Schutze des Koalitionsrechts auf; der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband sah in jenem Jahre eine Entschließung, in der es heißt: „Der § 153 der Gewerbeordnung ist aufzuheben, da er die Rechte, die den Angestellten im § 152 gegeben sind, so sehr schmälert, daß davon kein angemessener Gebrauch gemacht werden kann. Die Vergehen, die der § 153 unter Strafe stellt, sind ohnehin strafbar, und eine Verschärfung ist schon deshalb nicht am Platze, weil für Prinzipale, die sich gleicher Vergehen schuldig machen, also z. B. ihre Angestellten am Eintritt in eine gewerkschaftliche Vereinigung hindern oder den Austritt zu erzwingen suchen, keine besondere Bestrafung vorgesehen ist.“ Mit dieser Entschließung nahm